

Steuerbelastung für den Mittelstand senken

Am 27. November stimmen wir im Kanton Zürich über die Volksinitiative «Gerechtigkeit schaffen – Krankenkassen-Prämienabzug der Realität anpassen (Gerechtigkeitsinitiative)» mit dem Gegenvorschlag des Kantonsrates ab. Die Krankenkassenprämien steigen auf das kommende Jahr massiv an. Im Kanton Zürich durchschnittlich um 7,1 Prozent. Die Preissteigerungen für Strom, Lebensmittel, Konsumgüter und Dienstleistungen sind zusammen mit dem Prämien-Schock für viele nicht mehr tragbar. Insbesondere für den Mittelstand wird es immer schwieriger, ein gesundes Haushaltsbudget zu führen, denn die Steigerung schlägt voll auf unsere Kaufkraft durch. Diese Kaufkraft lässt sich aber auch dadurch stärken, indem den Leuten weniger Steuern abgeklopft werden. Mit der Gerechtigkeitsinitiative liegt bereits die Lösung vor, um den Mittelstand nachhaltig zu entlasten. Die Gerechtigkeits-Initiative ermöglicht höhere Abzüge bei den

Steuern. Es profitieren der breite Mittelstand, von Familien bis zu Rentnern, welche von den steigenden Krankenkassenkosten am meisten betroffen sind. Bei einem JA zur Gerechtigkeits-Initiative nimmt der Kanton Zürich eine Vorreiterrolle ein. Mit der Gerechtigkeits-Initiative liefert die Zürcher Politik eine durchdachte Lösung, um den Mittelstand vor der Kostenexplosion bei den Krankenkassenprämien zu schützen. Die Gerechtigkeitsinitiative sieht nämlich vor, dass zukünftig der Steuerabzug für die Krankenkassenprämien automatisch der Prämienentwicklung angepasst werden muss. Dieser Automatismus fehlt beim Gegenvorschlag. Insofern stimme ich am 27. November JA zur Gerechtigkeitsinitiative und JA zum Gegenvorschlag. Bei der Stichfrage gebe ich der Gerechtigkeitsinitiative den Vorrang.

Jürg Sulser, Otelfingen,
SVP-Kantonsrat

Gerechtigkeitsinitiative hilft Familien

Die Preissteigerung für Strom, Lebensmittel und Dienstleistungen sind bereits Realität. Jede Mutter und jeder Vater weiss, was das für das Haushaltsbudget einer Familie bedeutet. Als wäre dem nicht genug, wurde uns dann auch noch durch Bundesrat Alain Berset die massive Erhöhung der Krankenkassenprämien bekannt gegeben. Im Kanton Zürich steigen diese durchschnittlich um 7,1 Prozent. Eine fünfköpfige Familie wird im kommenden Jahr über 13'000 Franken Krankenkassenprämien bezahlen müssen. Der Prämienchock für das kommende Jahr bedeutet für eine fünfköpfige Familie eine jährliche Zusatzbelastung von ungefähr 1000 Franken, was in etwa einem Monatsbudget für Nahrungsmittel entspricht. Im Vergleich zu unseren Nachbarkantonen tragen wir Zürcherinnen und Zürcher im Durchschnitt die höchste Prämienlast. Gleichzeitig können wir aber am wenigsten von den Steuern abziehen. Das führt zu einer enormen finanziellen Belastung, somit bleibt vielen Familien in unserem Kanton

merkbar weniger zum Leben. Der Zürcher Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat im Mai 2021 einen Gegenvorschlag, welcher wohl eine minimale Entlastung beinhaltet, aber für Familien keinen relevanten Unterschied macht, da dieser weder Abzüge für Kinder noch zukünftige Anpassungen des Steuerabzuges vorsieht. Der Antrag des Regierungsrates mit einer «homöopathischen» Erhöhung des Steuerabzuges für Erwachsene um 300 Franken wurde vom Kantonsrat gutgeheissen. Eine spürbare Entlastung in unserer Familienkasse würde es mit diesem Gegenvorschlag nicht geben. Wir müssen die Familien in unserem Kanton stärken und sie nicht unnötig mit steigenden Abgaben belasten. Dazu brauchen wir neben einem JA zum Gegenvorschlag dringend ein JA zur Gerechtigkeitsinitiative. Denn nur ein JA zur Gerechtigkeitsinitiative wird uns Zürcher Familien eine nachhaltige und wiederkehrende Steuerentlastung schaffen.

Fabian Schenkel, Hüttikon

Entlastung für den Mittelstand

Die Krankenkassenprämien steigen auf das kommende Jahr massiv an. Im Kanton Zürich durchschnittlich um 7,1 Prozent. Die Preissteigerungen für Strom, Lebensmittel, Konsumgüter und Dienstleistungen sind zusammen mit dem Prämien-Schock eine toxische Mischung für den Mittelstand. Mit der Gerechtigkeitsinitiative liegt bereits die Lösung vor, um den Mittelstand nachhaltig zu entlasten. Die Gerechtigkeits-Initiative kommt am 27. November im Kanton Zürich zur Abstimmung. Vor allem die Preissteigerungen bei der Energie und der Prämien-Schock bei den Krankenkassenprämien sind für viele nicht mehr tragbar. Für den allgemeinen Mittelstand, Familien mit Kindern und ältere Menschen ist die Schmerzgrenze an zusätzlichen Belastungen erreicht. Pro Senectute erwartet, dass die Altersarmut weiter zunimmt. Die Lösung liegt jedoch bereits vor. Die Gerechtigkeits-

Initiative ermöglicht höhere Abzüge bei den Steuern. Es profitieren der breite Mittelstand, von Familien bis zu Rentnern, welche von den steigenden Krankenkassenkosten am meisten betroffen sind. Bei einem JA zur Gerechtigkeits-Initiative nimmt der Kanton Zürich eine Vorreiterrolle ein. Mit der Gerechtigkeits-Initiative liefert die Zürcher Politik eine durchdachte Lösung, um den Mittelstand vor der Kostenexplosion bei den Krankenkassenprämien zu schützen. Die Gerechtigkeitsinitiative sieht vor, dass zukünftig der Steuerabzug für die Krankenkassenprämien automatisch der Prämienentwicklung angepasst werden muss. Dieser Automatismus fehlt beim Gegenvorschlag. Insofern stimme ich JA zur Gerechtigkeitsinitiative und JA zum Gegenvorschlag. Bei der Stichfrage gebe ich der Gerechtigkeitsinitiative den Vorrang.

Roger Schenk, Regensdorf

Gerechtigkeit durch Ungerechtigkeit?

Grundsätzliche haben die Initianten der beiden Vorlagen gutes im Sinn. Wer will schon Gegner sein, wenn es um die Erhöhung des Abzuges für Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien in der Steuererklärung geht. Eigentlich alles klar! Oder doch nicht? Wie so oft muss man zweimal oder richtiger, genauer hinschauen. Wer kommt schlussendlich in den Genuss bzw. zu einer Erhöhung des Abzuges? Sind es die, für die es am nötigsten wäre? Bei denen die permanenten Erhöhungen der Krankenkassenprämien zu einem Albtraum werden? Nein, den grössten Steuerabzug/Ersparnis erhalten Gutverdienende ab Fr. 200 000 Jahreseinkommen. Beispiel Stadt Zürich, Ehepaar mit zwei Kindern: Steuerbares Einkommen Fr. 50 000; Ersparnis Initiative Fr. 316 / Gegenvorschlag Fr. 81. Steuerbares Einkommen Fr. 100 000; Ersparnis Initiative Fr. 421 / Gegen-

vorschlag Fr. 107. Steuerbares Einkommen Fr. 200 000; Ersparnis Initiative Fr. 576 / Gegenvorschlag Fr. 146. Was soll da gerecht sein? Um wirklich tiefere und mittlere Einkommen zu entlasten, braucht es endlich höhere Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen. Ziel muss sein, das kein Haushalt mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben soll. Alles andere, siehe Beispiel, ist eine Umverteilung nach oben. Den grössten finanziellen Vorteil hat ein Ehepaar mit zwei Kindern, mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 200 000 zu erwarten. Zudem käme bei Annahme ein Steuereinsparnis von 145 Mio. resp. 45 Mio. auf den Kanton zu. Für mich nicht gerecht, sondern wahrlich ungerrecht. Darum 2x Nein an der Abstimmung vom 27. November.

Eberhard Walther, Boppelsen

Tino Hellmund in den Otelfinger Gemeinderat

Am 27. November findet in Otelfingen eine Ersatzwahl in den Gemeinderat statt. Der neue Otelfinger Gemeinderat ist nach der Konstituierung nun gut vier Monate im Amt und wie es scheint, ist die Ämterzuteilung für alle gut gelöst. Da liegt es nahe, dass das neu zu wählende Mitglied wahrscheinlich die Finanzen zu übernehmen hat. Die Otelfinger Finanzen präsentieren sich zurzeit leider nicht in bester Form, deshalb sind für die Führung des Ressorts Finanzerfahrung und Führungsstärke wichtig. Mit Tino Hellmund steht dafür ein ausgezeichnete Kandidat zur Verfügung. Er bringt solide Finanzkenntnisse und auch Führungserfahrung mit. Er ist sich auch gewohnt, mit strategischem

Weitblick zu arbeiten. Er bringt das nötige Rüstzeug mit und ist für die anstehenden grossen Aufgaben im Gemeinderat prädestiniert. Er lebt mit seiner Familie seit 6 Jahren in Otelfingen, seine beiden Kinder gehen hier in die Primarschule. Er ist im Dorfleben gut integriert, engagiert sich stark in der Elterngruppe und verfolgt das Dorfleben aktiv. Ich kenne Tino Hellmund als sehr interessierten, aber auch kritischen Menschen. Er ist stets hilfsbereit und als Teamplayer ist ihm die Zusammenarbeit im Team sehr wichtig. Tino Hellmund ist eine gute Wahl für den Otelfinger Gemeinderat und verdient auch ihre Unterstützung.

Hans Frischknecht, Otelfingen

Der richtige Zeitpunkt für mehr Gerechtigkeit

Wir haben es ja schon gewusst und wurden vorgewarnt, dass die Krankenkassenprämien erneut ansteigen werden. Nun haben die meisten Gewissheit, wie viel Prozent dies sein wird, denn die Prämienhöhe flatterte in den letzten Tagen auch bei uns ins Haus. Trotz des Wissens um die Erhöhung ist es für viele Versicherte ein Schock, denn die Erhöhung bewegt sich von ca. 7 Prozent bis über 15 Prozent. Zurzeit können wir uns nur die Augen reiben ob der zusätzlichen Belastungen des privaten Haushaltsbudgets. Die Lohnerhöhungen (falls es welche gibt) fliessen so gleich wieder ab in Abgaben und Steuern. Oder gar noch schlimmer, wir erleben regelrecht, dass wir Ende des Monats weniger Geld im Portemonnaie haben. Defacto verliert unser verdientes Geld an Kaufkraft und dies trifft uns alle und insbesondere den Mittelstand. Sieht man sich die Liste der Abzüge der Krankenkassenprämien in den Kantonen an, so stellt man fest, dass der Kanton Zürich eine der tiefsten Steuerabzüge erlaubt. Gleichzeitig weist der Kanton aber eine hohe Prämienlast auf. Um dieser Dissonanz zwischen höchste Prämienlast zu mini-

malem Steuerabzug entgegen zu wirken, braucht es die Gerechtigkeits-Initiative. Der Kanton erlaubt nur einen Steuerabzug von 60 Prozent der Prämienkosten. Seit 2010 wurden diese Abzüge im Kanton Zürich nicht mehr angepasst. Eine moderate Anpassung ist gerade in diesen Zeiten für uns alle wichtig und richtig. Laut Wahlbarometer (kommuniziert in der Arena Ende Oktober) beschäftigt die Krankenkassenprämien die Schweizer so stark, dass sie den Platz 3 belegt. Liebe Steuerzahler, sie haben es jetzt in der Hand, am 27. November 22 für die Gerechtigkeits-Initiative zu stimmen, denn diese setzt sich für eine Verbesserung im Sinne des Bürgers ein, indem die Steuerabzüge im Kanton Zürich für Erwachsene auf 3600 Franken und Kinder auf 1500 Franken moderat erhöht werden (heute Erwachsene 2600 / Kinder 1300 Franken). Denn damit verbessert sich die Lage für Einzelpersonen, Familien mit und ohne Kinder, Rentnern und wirkt gegen die Armutsfalle. Deshalb stimme ich bei 1a = JA / 1b = JA und bei der Stichfrage stimme ich Variante A zu.

Erika Zahler, Boppelsen,
SVP-Kantonsrätin

Steuerbelastung für den breiten Mittelstand senken

Am 27. November stimmt der Kanton Zürich über die Gerechtigkeitsinitiative ab. Die Gerechtigkeitsinitiative verlangt, dass der Abzug für die Krankenversicherungsprämie von 2600 Franken auf 3600 Franken pro Person steigt. Bei Kindern soll neu ein Abzug von 1500 Franken pro Kind möglich sein. Dazu fordert die Initiative, dass künftig die Abzüge für Versicherungsprämien, der Teuerung der Prämien folgen. Die Vorschläge der Initianten sind grundvernünftig und werden von mir vollumfänglich unterstützt. Die durchschnittlichen Krankenkassenprämie im Kanton Zürich beläuft sich auf rund 4300 Franken, was im Vergleich mit anderen Kantonen eine Re-

kordprämie ist. Dagegen sind die möglichen Abzüge im Kanton Zürich im Vergleich zu den übrigen Kantonen sehr tief. Dieser Missstand kann durch die vorliegende Initiative behoben werden. Durch die höheren Steuerabzüge sinkt das steuerbare Einkommen, was die Steuerlast bei einer Familie um einige Hundert Franken senken wird. Dieses Geld bleibt somit bei den Bürgern und hilft dem Mittelstand, die sonst schon erhebliche Teuerung, leicht abzufedern. Aus genannten Gründen stimme ich Ja zur Gerechtigkeitsinitiative am 27. November.

Markus Bopp, Otelfingen,
Kantonsratskandidat SVP

Jacqueline Alf in den Gemeinderat Otelfingen

«Wenn das Glück an einem vorbeizieht, sollte man es nehmen». Jacqueline Alf ist so ein Glücksfall für Otelfingen. Motiviert für den Gemeinderat, 33 Jahre jung, Anwältin, in Familie mit zwei Kindern. «Jacky» freut sich sehr, die kommenden Herausforderungen, die auf Otelfingen zukommen, im Wohn- und Industrie-Gebiet, aktiv und mit Kompetenz anzugehen. Mehrere Jahre in Otelfingen ansässig, aufgewachsen im Furttal, kennt sie die Schönheiten und Tücken unserer Region bereits bestens. Ihr gewinnendes Auftreten und ihre Teamfähigkeit hilft ihr, sich rasch im Gemeinderat Otelfingen zurecht zu finden.

Jürg Iseli, IG Otelfingen

Steuerbelastung für den Mittelstand senken

Derzeit treffen die neuen Krankenkassen-Policen in allen Haushalten ein, dieses Jahr bringen diese mit bis zu 7 Prozent Aufschlag eine besonders unangenehme Überraschung mit sich. Seit 1996 steigen die Prämien unaufhaltsam, insgesamt haben sie sich um den Faktor 2,3 erhöht, während die Löhne kaum gestiegen sind. Insbesondere für den Mittelstand wird es immer schwieriger, ein gesundes Haushaltsbudget zu führen, denn die Steigerung schlägt voll auf die Kaufkraft durch. Diese lässt sich auch dadurch stärken, indem den Leuten weniger Steuern abgeklopft werden. Im Vergleich mit unseren Nachbarkantonen zahlen wir im Kanton Zürich zwar die höchsten Krankenkassen-Prämien, uns steht aber der tiefste Abzug zu. Wir zahlen durchschnittliche Prämien von 4327 Franken pro Erwachsenen und Jahr, können aber maximal 2600 Franken und pro Kind 1300 Franken in Abzug bringen. Im Kanton Thurgau zahlt der durchschnittliche Prämienzahler 3980 Franken, kann aber 3500 Franken an den Steuern abziehen. Oder im Kanton Zug kostet die Krankenkasse den Durchschnittseinkommensbewohner 3615 Franken, er kann aber 3300 Franken in Abzug bringen. Am 27. November stimmen wir über die Gerechtigkeitsinitiative ab, die fordert, dass wir alle bei Erwachsenen neu einen Abzug von 3600 Franken und bei Kindern neu 1500 Franken geltend machen können. Damit werden wir das Problem der immer höheren Prämien nicht lösen, das ist die Sache der Bundespolitik. Nichtsdestotrotz ist die Gerechtigkeitsinitiative zu unterstützen, denn die ungerechtfertigte Differenz des maximalen Abzuges bei den Gesundheitskosten ist dem Prämienanstieg anzupassen. Und auf diese Weise würde wenigstens die Steuerbelastung bei den Bürgerinnen und Bürgern sinken und so unsere Kaufkraft gestärkt werden. Deshalb stimme ich am 27. November Ja zur Gerechtigkeitsinitiative.

Christian Lucek, Dänikon
SVP-Kantonsrat / Gemeinderat

Leserbriefe

Leserbriefe müssen zwingend einen Bezug zum Erscheinungsbereich des «Furtalters» haben oder von Verfassern aus der Region stammen. Anonyme Briefe und solche mit ehrverletzendem Inhalt werden nicht publiziert. Die Leserbriefe werden mit Vor- und Nachnamen sowie Wohnort des Verfassers veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über das Erscheinen und allfällige Kürzungen der Texte. Einsendeschluss für Leserbriefe ist jeweils am Dienstag, 12 Uhr.

Die Redaktion

